



Stand vom Montag
1 US \$ = 0,785 Euro
1 Euro = 1,273 US\$

Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2

Zur Bundeswehr-Normalität gehören Probleme

Seite 2

WP-Weihnachtsmarkt: Alles was Sie brauchen für's Fest

Seite 15

Ski-Weltcup am Düseldorfer Rheinufer

Seite 9

NACHRICHTEN

Serben stimmen für Verfassung

Belgrad - Die Serben haben die neue Verfassung ihres Landes angenommen. Bei dem Referendum stimmten rund 51,5 Prozent für das neue Grundgesetz, teilte die Wahlkommission in Belgrad mit. Mit der Verfassung soll das Land erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg auf demokratische Grundlagen gestellt werden. Sie soll auch ermöglichen, dass die abtrünnige Provinz Kosovo im Staatsverband bleibt. Ministerpräsident Vojislav Kostunica erklärte, Serbien habe bewiesen, dass es ein demokratisches Land sei.

Lula in Brasilien wiedergewählt

Brasilia (dpa) - In Brasilien ist Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva trotz zahlreicher Korruptionsaffären für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Der frühere Gewerkschaftsführer von der sozialistischen Partei der Arbeiter erhielt in der Stichrunde knapp 61 Prozent der Stimmen. Das teilte die Wahlbehörde nach Auszählung von mehr als 99 Prozent der Stimmen mit. Lulas sozialdemokratischer Herausforderer Geraldo Alckmin kam demnach auf rund 39 Prozent.

Neugeborenes im Café getötet

Köln - Wegen der Tötung ihres Babys in einem Kölner Café ist eine Kinderpflegerin zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Die Richter des Landgerichts Köln erkannten auf „Totschlag in einem minder schweren Fall“. Zwei Gutachter hatten zuvor eine verminderte Schuldfähigkeit der 22-Jährigen ausgeschlossen. Die Angeklagte nahm das Urteil äußerlich gefasst entgegen. Sie hatte im Dezember 2005 ihren gerade erst in der Toilette des Cafés entbundenen Säugling kopfüber in einen Mülleimer gesteckt. Das Baby erstickte.

Ein Rentner verjagt vier Räuber

Bielefeld - Die vier jungen Männer waren an den Falschen geraten: Ein 70-Jähriger hat in Bielefeld ein Räuberquartett nach allen Regeln der Kampfkunst in die Flucht geschlagen. Der Rentner, früher Nahkämpfer der britischen Armee, hatte zwei Räuber so eindrucksvoll niedergestreckt, dass alle vier so schnell es ging das Weite suchten.

PERIODICALS MAIL

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY NOV. 4, 2006

Springer muss 200 000 Euro an Fischer zahlen

Hamburg (dpa) - Für das Werben mit dem leicht veränderten Cover von Ex-Außenminister Joschka Fischer muss die Axel Springer AG 200 000 Euro an den Politiker zahlen. Das hat die Pressekammer des Hamburger Landgerichts am Freitag entschieden. Der Verlag hatte für seine Zeitung "Welt kompakt" mit Fotos von Prominenten geworben, deren Gesichtszüge zu denen eines Kindes verjüngt waren. Dagegen hatte Fischer geklagt. Er sah durch die nichtautorisierte Werbung sein Persönlichkeitsrecht verletzt. Das Gericht gab ihm Recht und sprach ihm eine "fiktive Lizenz" als Honorar zu.

Studie: St. Louis gefährlichste Stadt der USA

Washington (dpa) - St. Louis, Missouri ist einer Studie zufolge die Stadt mit der höchsten Kriminalitätsrate in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die rund 350 000 Einwohner zählende Stadt im mittleren Westen der USA nimmt mit Blick auf die Kriminalitätsraten bei Mord, Vergewaltigung, Raub, tätlichen Angriffen, Einbruch und Autodiebstahl die Spitzenposition ein, wie eine Untersuchung ergab. Seit 2004 ist dort nach Angaben der US-Bundespolizei FBI die Zahl der Verbrechen um 20 Prozent angestiegen. Für die Studie wurden FBI-Daten von 371 Städten mit mehr als 75 000 Ein-

wohnern verglichen. St. Louis war bereits im Jahr 2002 von dem Verlagshaus als gefährlichste Stadt der USA ermittelt worden. "Obwohl die Stadt mit einer hohen Kriminalitätsrate kämpft, ist die Zahl der Eigentumsdelikte seit dem Jahr 2001 um 14 Prozent gesunken", erklärte Scott Morgan, Präsident von Morgan Quitno Press.

Am anderen Ende der Gewaltskala steht die Stadt Brick im US-Bundesstaat New Jersey: Der Studie zufolge lebt es sich nirgendwo in den USA friedlicher: "Brick gehört seit sechs Jahren zu den fünf sichersten Städten Amerikas", sagte Morgan.

Merkel und Kaczynski weiter im Klinsch



Bundeskanzlerin Angela Merkel (r) und der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski geben am Montag in Berlin nach ersten Gesprächen im Kanzleramt eine Pressekonferenz. Der polnische Gast ist zu seinem Antrittsbesuch in Deutschland. Foto: Gero Breloer dpa

Berlin/Warschau (dpa) - Deutschland und Polen sind sich trotz der Bemühungen um bessere Beziehungen in zentralen Fragen weiterhin uneinig. Beim mit Spannung erwarteten Antrittsbesuch des polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wurden am Montag in Berlin erneut Differenzen über das deutsch-russische Pipeline-Projekt durch die Ostsee und die Entschädigungsforderungen von Vertriebenen deutlich. Differenzen zeigten sich auch in der Europapolitik.

In der mit vier Stunden ungewöhnlich langen Unterredung versuchte Merkel aber, Wege zu einer Beilegung des Gaststreits über die EU auszuloten. Die Kanzlerin, die sichtlich um die Lockerung der Atomspäre bemüht war, erteilte Forderungen Kaczynskis nach einem völkerrechtlichen Verzicht Deutschlands auf Rückgabeforderungen von Vertriebenen aber eine Absage. Kaczynski, der von deutschen Politikern für die Verschlechterung der Beziehungen verantwortlich gemacht wurde, betonte wie Merkel den Wert der deutsch-polnischen Freundschaft, verteidigte aber stark die Interessen seines Landes.

Die Kanzlerin bekräftigte die bisherige Position deutscher Kanzler, dass die Bundesregierung auch weiterhin keine Ansprüche von deutschen Vertriebenen auf Entschädigung oder Grundstücksrückgaben in Polen unterstützen werde. Sie sagte dies auch deshalb so deutlich, weil sie wusste, "welche Beunruhigung" diese Klagen in Polen ausgelöst hätten. Der von Kaczynski vor dem Besuch verlangte Verzicht durch ein völkerrechtliches Vertrag sei aber "nicht die richtige Lösung".

Kaczynski gab sich damit nicht zufrieden. "Aus polnischer Sicht ist diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen", sagte er.

Auch bei der von Polen abgelehnten deutsch-russischen Erdgas-

Pipeline durch die Ostsee blieben die Haltungen unverändert.

Polen wolle eine Situation ausschließen, wo dem Land "der Gas hahn abgestellt werden kann", sagte Kaczynski. Merkel verwies aber darauf, dass in der EU an gemeinsamen Strom- und Gasnetzen gearbeitet werde, die auch den polnischen Interessen dienen könnten.

Merkel und Kaczynski bekräftigten ihr Ziel, zu guten und freundschaftlichen Beziehungen zu kommen. Das deutsch-polnische Verhältnis gilt seit der Übernahme der beiden höchsten Staats- und Regierungsämter durch die Zwillingbrüder Kaczynski als angespannt. Der Dialog zwischen beiden Staaten werde fortgesetzt, sagte Polens Staatspräsident Lech Kaczynski im nordpolnischen Bydgoszcz. Allerdings könne Polen im Rahmen dieses Dialogs nicht alle Lösungen akzeptieren, sondern

schütze seine Interessen, betonte der Präsident.

Der erste offizielle Deutschland-Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski war von scharfer Kritik deutscher Politiker an der Warschauer Außenpolitik begleitet. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sagte, von polnischer Seite seien „Zwiste geradezu organisiert oder aufgebauscht worden“.

Der stellvertretende polnische Parlamentspräsident Bronislaw Komorowski von der oppositionellen liberalen Bürgerplattform nannte die derzeitigen deutsch-polnischen Beziehungen im polnischen Rundfunk "sehr schlecht". Außer fehlenden Ideen für die politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten stelle er einen allgemeinen Mangel an Annäherung und gegenseitiger Sympathie fest.

Dänischer Politiker will Südschleswig zurück

Kopenhagen (dpa) - Der Parlamentarier Søren Krarup von der Dänischen Volkspartei (DVP) hat sich als erster bekannter dänischer Politiker seit fünf Jahrzehnten für die Rückgabe von Südschleswig an Dänemark eingesetzt. Krarup, dessen rechtspopulistische Partei als Mehrheitsbeschafferin im Folketing mit der Regierung von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen kooperiert, sagte am Montag im Rundfunksender DR unter Hinweis auf die dänische Minderheit im nördlichen Schleswig-Holstein: "Südschleswig ist altes dänisches Land. Man kann nur hoffen, dass die dänischen Südschleswiger wieder natürliche Kinder des dänischen Mutterlandes werden, indem sie in unsere Grenzen zurückkommen."

Das Gebiet in Schleswig-Holstein nördlich der Eider mit etwa 50 000 Angehörigen der dänischen Minderheit verblieb nach einer Volksabstimmung 1920 bei Deutschland. Der im dänischen Grenzbezirk Nordschleswig als Parlamentsabgeordneter gewählte Krarup sagte über die von beiden Regierungen garantierte Dauerhaftigkeit dieser Grenze: "Die Wirklichkeit ist niemals endgültig." Ausschlaggebend sei nur der Wunsch der Angehörigen der dänischen Minderheit, "wieder dänisch zu sein".

Krarup hat sich als Theologe, Pfarrer und Politiker seit Jahrzehnten als einer der bekanntesten Sprecher der Rechten in Dänemark profiliert. Er ist einer der maßgeblichen Sprecher zur Ausländerpolitik seiner Partei.

Zwischenfälle unter Freunden

Israel zeigt sein Bedauern

■ Von Marc-Oliver von Riegen

Jerusalem (dpa) - Die Bundeswehr ist erst seit zwei Wochen in ihrem bisher wohl heikelsten Einsatz unterwegs - vor der Küste des Libanons. Doch in diesen zwei Wochen haben sich bereits mindestens drei Zwischenfälle ereignet zwischen israelischen Kampffliegern und der Deutschen Marine. Nach Darstellung aus Berlin sollen dabei auch Schüsse gefallen sein. Die Vorfälle lösten Irritationen zwischen beiden Seiten aus. Doch der israelische Regierungschef Ehud Olmert ist um Verständigung bemüht. Er signalisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): Solche Vorfälle soll es künftig nicht mehr geben.

Der israelische Verteidigungsminister Amir Perez hatte Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) versichert, dass sein Land nicht beabsichtige, aggressiv gegen deutsche Streitkräfte vorzugehen. Jung reist in dieser Woche nach Beirut und auch nach Tel Aviv. Der israelische Ministerpräsident sagte nun zu, dass es technische Absprachen zwischen dem israelischen Militär und dem Kommandeur des deutschen Einsatzes geben soll. "Ich betrachte damit den Fall als abgeschlossen", sagte Jung der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Erst hatten israelische Kampfflugzeuge das deutsche Flottendienstboot „Alster“ 50 Seemeilen vor der Küste überflogen und nach Berliner Darstellung „nicht zielgerichtet“ Schüsse abgegeben. Dann wurden zwei Vorfälle zwischen israelischen Kampfflugzeugen und deutschen Hubschraubern bekannt, bei denen die Helikopter bedrängt worden seien. Die israelische Seite versucht, Verständnis für die Lage einzuholen. "Wenn sich etwas bewegt, gehen bei ihnen alle Alarmlampen an",

sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) nach einem Treffen mit Olmert am Sonntag.

Der Hintergrund der Wachsamkeit: Die Hisbollah feuerte während des Libanon-Konflikts von kleinen Booten aus unbemannte Raketen. Bei jeder Flugbewegung, die sich derzeit regt, ist die israelische Luftwaffe daher besonders sensibel. Eine Armeesprecherin hatte zuvor erklärt, der Flug eines deutschen Hubschraubers in der vergangenen Woche sei nicht mit Israel abgestimmt gewesen. Deshalb soll künftig besser koordiniert werden, etwa wenn deutsche Hubschrauber aufsteigen. Kauder sagte nach dem Gespräch mit Olmert: „Er bedauert es außerordentlich und hat erklärt, dass er Anordnung getroffen hat, dass dies nicht mehr passiert.“

Die FDP wirft der Bundesregierung nicht nur eine Täuschung des Parlaments angesichts deutlicher Beschränkungen in der Sechs-Meilen-Zone vor der libanesischen Küste vor. Die Zwischenfälle zeigen nach Ansicht von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel eindeutig, "dass eine direkte Konfrontation deutscher und israelischer Streitkräfte auch bei einem maritimen Einsatz jederzeit möglich ist". Kauder hält dagegen: "Ich habe den Eindruck, dass sowohl auf israelischer als auch auf deutscher Seite diese Vorgänge jetzt ausgeräumt werden können."

Über die deutsche Beteiligung war im Parlament lange debattiert worden, weil erstmals nach dem Holocaust deutsche Soldaten in der Nähe des jüdischen Staates Israel im Einsatz sind. Israels Ministerpräsident sprach nach Kauders Angaben am Sonntag von einer "historischen Dimension". Merkel verwendete im September ebenfalls diese Äußerung und sagte zugleich: "Dies ist kein Einsatz wie jeder andere."



Der Versorger 'Frankfurt am Main' den Marinestützpunkt Wilhelmshaven (Archivfoto). Israels Luftwaffe hat über einem deutschen Schiff Schüsse abgefeuert. Foto: Carmen Jaspersen dpa

Däninnen und Deutsche treiben im siebten Monat in Spanien ab

Kopenhagen (dpa) - Eine Privatklinik in Barcelona nimmt einem dänischen TV-Bericht zufolge bei Frauen aus Deutschland, Großbritannien sowie auch aus Spanien „annehme“, die in ihren Ländern alle gesetzlichen Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch erfolglos ausgeschöpft hätten.

Eine Dänin berichtete, sie habe durch Kontakt über das Internet vor zwei Jahren im siebten Monat für umgerechnet 4500 Euro eine Abtreibung vornehmen lassen. Schwangerschaftsabbrüche sind in Dänemark wie auch in Deutschland nach der 12. Woche nur in bestimmten Fällen erlaubt. Dänische Experten stuften in dem TV-Bericht die Aktivitäten in Barcelona als „Tötung kleiner Kinder“ ein.

Ein Interview, dass seine Klinik sich „aller“ Schwangerer aus Dänemark, Deutschland, Großbritannien sowie auch aus Spanien „annehme“, die in ihren Ländern alle gesetzlichen Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch erfolglos ausgeschöpft hätten.

Eine Dänin berichtete, sie habe durch Kontakt über das Internet vor zwei Jahren im siebten Monat für umgerechnet 4500 Euro eine Abtreibung vornehmen lassen. Schwangerschaftsabbrüche sind in Dänemark wie auch in Deutschland nach der 12. Woche nur in bestimmten Fällen erlaubt. Dänische Experten stuften in dem TV-Bericht die Aktivitäten in Barcelona als „Tötung kleiner Kinder“ ein.